

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1.

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

38. Jahrgang / 230

1. Dezember 1983

Siegfried Bleicher, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, warnt vor der Abhängigkeit von der Elektronik. Dies wäre eine Perversion des menschlichen Denkens.
Seite 1

Günter Verheugen MdB hält die Kontinuität in der Afrikapolitik endgültig für zerbrochen.
Seite 4

Ulrich Lang MdL, SPD-Vorsitzender von Baden-Württemberg, skizziert die drei Bausteine einer umfassenden Politik der Arbeitszeitverkürzung.
Seite 5

Dokumentation

Die Erklärung von Harry Ristock und Peter Ulrich zur Lage in Berlin nach der Erklärung Richard von Weizsäckers, als Bundespräsident Karli Carstens folgen zu wollen.
Seite 8

Krieg aus Versehen?

Die Mikroelektronik macht den Krieg durch "technischen Defekt" wahrscheinlicher

Von Siegfried Bleicher
Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes

Fünf Professoren der Rechtswissenschaften haben am 15. November 1983 Verfassungsbeschwerde "gegen die Möglichkeit eines Atomkrieges aus Versehen" beim Bundesverfassungsgericht eingereicht und eine Einstweilige Anordnung gegen die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik beantragt. Angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen, aber auch technologiepolitischen Diskussion kommt diesem Vorgehen großes Gewicht zu. Niemandem sollte in der Bundesrepublik unterstellt werden, daß er bewußt einen atomaren Krieg in Mitteleuropa ansteuert. Selbst wenn Informationen richtig sind, nach denen in manchen Verteidigungsministerien strategische Sandkastenspiele über einen angeblich begrenzbaren atomaren Krieg in Europa angestellt werden, gehen alle verantwortlichen Politiker und Militärs davon aus, daß ein Atomkrieg weder begrenztbar noch gewinnbar ist. Zumindest in der Öffentlichkeit werden diese Grundsätze nicht in Frage gestellt. Wie aber steht es um einen Atomkrieg aus "Versehen" aufgrund eines technischen Defekts?

Militärische "Bedürfnisse" waren die entscheidende Triebkraft für die Entwicklung der Mikroelektronik. Etwa zehn Prozent aller Militärausgaben werden für Forschung und Entwicklung im Bereich der Mikroelektronik verwandt. Dies sind derzeit mehr als 60 Milliarden Dollar pro Jahr. Etwa die Hälfte aller Physiker und Entwicklungsingenieure ist derzeit in der militärischen Forschung und Entwicklung direkt oder indirekt aktiv. Diese Zahlen sind deshalb beunruhigend, weil sie aufzeigen, daß nicht nur politische Entscheidungen die Rüstungsspirale weiterdrehen. Die Entwicklung neuer Waffentechnologien führt dazu, daß ein auf Abschreckung beruhendes militärisches Gleichgewicht zunehmend

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1

Verleiher: Die Zeit
mit wertvoller Rückgabe
"Recycling-Papier"



destabilisiert wird. Gleichzeitig führen moderne Waffentechnologien mit mikroelektronischer Grundlage dazu, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden immer weniger von Maßnahmen verantwortlicher Politiker und Militärs abhängt und immer mehr elektronischen Systemen zugeordnet wird. Ein "zufälliger Krieg" wird somit wahrscheinlicher.

Heute haben die NATO und die Staaten des Warschauer Paktes ein immenses Potential von Vernichtungswaffen angehäuft, mit denen die großen Zentren des jeweiligen potentiellen Gegners vielfach vernichtet werden können. Das sogenannte Gleichgewicht besteht darin, daß jede Seite bei einem Erstschlag des Gegners noch rechtzeitig die eigenen Waffen einsetzen kann. Der Ausbruch eines Krieges soll nach der Gleichgewichtsstrategie dadurch verhindert werden, daß man die Vernichtung des kriegsauslösenden Landes ermöglichen kann. Bereits diese strategischen und interkontinentalen Waffensysteme setzen ein hohes Maß an Elektronik bezüglich ihrer Einsatzfähigkeit voraus.

Die Mikroelektronik hat dazu geführt, daß eine neue Atomwaffen-Generation, die taktischen Atomwaffen und Gefechtsköpfe, entwickelt werden konnte. Diese neuen Mittelstreckenraketen sind Waffen mit relativ kleinen Atomsprengköpfen, aber extremer Zielgenauigkeit. Eine sowjetische SS-20 hat drei Sprengköpfe mit 0,15 Megatonnen Sprengkraft, und die amerikanische Pershing-II verfügt über einen Sprengkraftkopf mit circa 0,20 Megatonnen Sprengkraft. Die geringe Sprengkraft der amerikanischen Waffen wird durch größere Zielgenauigkeit ausgeglichen. Auf eine Entfernung von circa 1.800 Kilometer verfehlt die Pershing-II vermutlich nur um höchstens 25 Meter ihr Ziel, während die SS-20 über eine Zielgenauigkeit von etwa 300 Metern verfügt. Die Funktion sowohl der schon stationierten SS-20 als auch der zur Stationierung anstehenden Pershing-Raketen liegt darin, gezielt militärische Ziele wie Flughäfen, Waffendepots und so weiter zu vernichten. Darüber hinaus soll nach der Art des Sezierens die Möglichkeit eröffnet werden, politische, wirtschaftliche und soziale Zentren des potentiellen Gegners auszuschalten. In der Sprache der Militärs wird vom Enthauptungsschlag gesprochen.

Auch die Cruise Missiles, also die Marschflugkörper, die in der Bundesrepublik und in anderen Ländern Westeuropas stationiert werden sollen, beruhen auf einem elektronischen System und sind ohne dieses überhaupt nicht realisierbar. Sie haben eine Landkarte elektronisch gespeichert und lesen von dieser ihren Flugweg ab. Darüber hinaus ist diese Rakete jederzeit in der Lage, über entsprechende elektronische Impulse den Flugweg zu korrigieren.

Diesen auf der Mikroelektronik beruhenden Waffen stehen elektronische Überwachungssysteme gegenüber. Erinnerung sei hier nur an das amerikanische Überwachungssystem AWACS. Flugüberwachungssysteme auf elektronischer Grundlage werden wiederum durch elektronisch gesteuerte Flugabwehrraketen bedroht.



Man kann also von einer Inflation der Drohung und Gegendrohung, der Gegen-Gegen-Drohung und Gegen-Gegen-Gegen-Drohung in der Militärtechnik sprechen. Diese Spirale der elektronischen Kriegsmaschine wird durch die Mikroelektronik erst möglich. Ja, wir sind in einer Situation, wo die Mikroelektronik von der Mikroelektronik kontrolliert werden soll. Hier liegt die Gefahr. Warnsysteme auf elektronischer Grundlage haben bereits Fehlalarme ausgelöst. Die Vermeidung eines Krieges hängt zunehmend davon ab, ob ein Fehlalarm, hervorgerufen durch einen Defekt im elektronischen Abwehrsystem, rechtzeitig erkannt wird. Die Vorwarnzeit einer Pershing-II-Rakete, die in der Bundesrepublik stationiert wird, beträgt nur wenige Minuten. Sollte sich im elektronischen Abwehrsystem der Sowjetunion ein Fehler einschleichen, der darauf beruht, daß ein Erstschlag mit Pershing-II-Raketen gemeldet wird, steht ein atomarer Krieg in Mitteleuropa ins Haus. Ähnliches bezieht sich selbstverständlich auf mögliche Fehler in den Abwehrsystemen des Westens. Die Existenz Europas wird somit zunehmend abhängig von der Genauigkeit elektronischer Überwachungssysteme. Der Krieg wird möglich, obwohl alle Beteiligten ihn nicht gewünscht haben. Bei den Vorwarnzeiten eurostrategischer Raketen ist im Rahmen der Abschreckungskonzeption ein Gegenschlag auszulösen, ohne daß durchdachte politische Entscheidungen dafür die Verantwortung tragen. Wenn die Völker ihr Überleben von Computern abhängig machen, ist tatsächlich die Perversion des menschlichen Denkens erreicht. Die vielgerühmte Mikroelektronik führt nicht nur dazu, daß millionenfach Arbeitsplätze bedroht werden. Die Mikroelektronik macht nicht nur Menschen zunehmend zum Sklaven der Maschine. Sie setzt das menschliche Leben potentiell der Vernichtung aus. Wann werden Politiker in Ost und West diese schreckliche Möglichkeit nicht nur begreifen, sondern ihr auch etwas entgegensetzen?

(-/1.12.1983/ks/va)

+ + +



Strauß hat sich durchgesetzt

Die Kontinuität der Afrikapolitik ist zerbrochen

Von Günter Verheugen MdB

Nun ist die Wende in der deutschen Afrikapolitik besiegelt worden. In der Aktuellen Stunde des Bundestages über die Lage im südlichen Afrika hat der Bundesaußenminister auf die präzisen Fragen der SPD wiederum keine Antwort gegeben. Die Vorwürfe der SPD blieben in der Sache unwidersprochen. Das bedeutet:

1. Die Bundesregierung unterstützt die Bemühungen Südafrikas, aus der politischen und wirtschaftlichen Isolierung herauszukommen, obwohl die Apartheidspolitik, die Aggression gegenüber den Nachbarstaaten und die Verletzung der Menschenrechte unverändert weitergehen.
2. Die Bundesregierung hat sich der amerikanischen Auffassung angeschlossen, daß die Unabhängigkeit Namibias erst nach dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola verwirklicht werden kann. Damit ist der Namibia-Plan der Vereinten Nationen gescheitert.
3. Die Bundesregierung unterstützt Südafrikas Politik der Destabilisierung der gesamten Region auch dadurch, daß die bisher als Schwerpunkt der Entwicklungshilfe behandelten Frontstaaten durch Entzug von Hilfe bestraft werden.
4. Die Bundesregierung ist nicht bereit, energisch gegen die ständigen Umgehungen des Waffenembargos gegenüber Südafrika durch deutsche Unternehmen vorzugehen.
5. Die Bundesregierung konnte nicht erklären, warum sie in den Vereinten Nationen das südafrikanische Referendum nicht verurteilt hat.

Bundesaußenminister Genscher hat in der Debatte ein allgemeines Bekenntnis gegen den Rassismus Südafrikas abgelegt und auch die Umsiedlungs- und, besser: Vertreibungspolitik kritisiert. Er berief sich darauf, mit dem südafrikanischen Außenminister Botha auch humanitäre Einzelfälle besprochen zu haben. Aber wenn das alles ist, was die Bundesregierung für die unterdrückte Mehrheit in Südafrika tut, dann ist das beschämend wenig. Der Befund ist klar: Strauß hat sich durchgesetzt. Es gibt keine Kontinuität mehr in der Afrika-Politik. Ein weiteres Stück des sozial-liberalen Erbes ist zerstört worden.

(-/1.12.1983/ks/va)

+ + +



Leistungschancen eröffnen!

Die drei Bausteine einer Strategie zur Arbeitszeitverkürzung

Von Ulrich Lang MdL

SPD-Vorsitzender von Baden-Württemberg

Wir befinden uns in der schwersten Weltwirtschaftskrise seit den 30er Jahren. Der Aufschwung in den Vereinigten Staaten ist vor allem konsumorientiert, die leichte Nachfragebelebung bei uns kommt vorwiegend aus dem Entsparen und eine Wende zu einem selbsttragenden Aufschwung ist nicht erkennbar. Diejenigen, die vor noch nicht einmal zwölf Monaten meinten, wenn man den Helmut Schmidt durch den Helmut Kohl ersetzt, dann ist das schon eine Hausse wert, oder diejenigen, die gesagt haben, ein Regierungswechsel ist das beste Konjunkturprogramm, die meinen heute, wenn sie es damals nicht schon gewußt haben, daß diese Weltwirtschaftskrise nicht mit ein bißchen psychologischer Konjunkturbestrahlung gelöst werden kann. Ich halte daher grundsätzliche Strukturreformen und eine moderne Industriestrukturpolitik für dringend notwendig, damit unsere Wirtschaft auch in Zukunft erfolgreich sein kann. Ich schlage vor:

- Modernisierung der Volkswirtschaft vor allen Dingen auf dem technologischen Sektor,
- Stärkung der kleineren und mittleren Betriebe,
- Reform der Finanzierung des Sozialstaates,
- Recovery-Programm für die Entwicklungsländer,
- Umverteilung der Arbeit.

In dem Maße, in dem die Arbeitsproduktivität der Wachstumsrate davonrennt, wird die gleiche Gütermenge mit weniger Arbeit erstellt werden können. Die Massenarbeitslosigkeit wird unsere Gesellschaft krank machen. Eine kranke Gesellschaft ist aber nicht in der Lage, die Probleme und Herausforderungen zu bewältigen, vor denen unsere Gesellschaft steht. Deshalb dürfen wir nicht so tun, als ließe sich mit zwei bis drei Millionen Arbeitslosen leicht leben. Wenn es jetzt nicht zu einer gemeinsamen großen Anstrengung zur Umverteilung der Arbeit kommt, fürchte ich, daß sich die unterschiedlichen Interessenstandpunkte in eine Lage hineinmanövrieren, die griechischen Tragödien nahekommt.

Doch die Arbeitszeitverkürzung ist ein wichtiges gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitisches Instrument der 20er Jahre. Dieses Jahrzehnt darf trotz der wirtschaftlichen Krisen und der demographischen Besonderheiten nicht zum Jahrzehnt der hohen Arbeitslosigkeit werden. Der große Nationalökonom Adam Smith hatte Recht, als er die Formel prägte: "Arbeit schafft Wohlstand und Wachstum". Deshalb müssen alle arbeitsfähigen Menschen, die Erwerbsarbeit leisten wollen, auch eine Chance zur Leistung bekommen. Auch in den schweren Jahren der Wirtschaftskrise, in denen wir uns befinden und die noch vor uns liegen, wird es nicht darauf ankommen, daß jeder einzelne noch ein bißchen mehr arbeitet. In den 80er und 90er Jahren wird man in der Weltmarktkonkurrenz nicht durch mehr Arbeit, sondern durch bessere, durch intelligentere Arbeit bestehen müssen. Dabei ist zum Beispiel die gründliche Aus- und Fortbildung aller Arbeitnehmer dringend notwendig. Die Arbeitszeitverkürzung muß jetzt tarifpolitisch angegangen und parlamentarisch und gesetzgeberisch durchgesetzt werden,

- weil wir es aus arbeitsmarktpolitischen Gründen dringend brauchen,
- weil wir es uns volkswirtschaftlich angesichts der hohen Produktivitätsraten leisten können,
- und weil es dadurch eine Chance gibt, unsere sozialen Beziehungen in der Lebenswelt zu revitalisieren.



Kleine Netze der Nachbarschafts- und Familienhilfe können wieder geknüpft und ehrenamtliches Engagement in der Freizeit gestärkt werden. Ich sehe also in der Arbeitszeitverkürzung auch erhebliche Freiheitschancen für unsere Gesellschaft.

Ich rate deshalb auch zu einer "gemischten Strategie der Arbeitszeitverkürzung", die nach meiner Auffassung aus drei Bausteinen bestehen sollte:

1. Der Gesetzgeber sollte endlich die Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 novellieren und dabei die 40-Stunden-Woche festschreiben. Damit würde vor allem die große Zahl von Überstunden abgebaut werden, denn noch immer wird ein Arbeitsvolumen von cirka 1,5 Millionen Arbeitsplätzen durch Mehrarbeit abgedeckt. Auch wenn sich die Reduzierung der Mehrarbeit nicht in der Schaffung von auch nur annähernd so vielen Arbeitsplätzen niederschlagen dürfte, und auch wenn ich dagegen bin, daß man Mehrarbeit nicht zuläßt, weil wir diese Flexibilität in der Arbeit brauchen, kann durch eine deutliche Verringerung des Überstundenpakets ein bedeutsamer Arbeitsmarkteffekt erzielt werden. Dies wäre dann ein gesellschaftlich beachtlicher Solidarbeitrag der Überbeschäftigten an die Unterbeschäftigten.
2. Tarifpolitisch müssen nun endlich wirksame Schritte zur Reduzierung der Wochenarbeitszeit unternommen werden. Ich freue mich, daß auch die Arbeitnehmerin den letzten Tagen signalisiert haben, daß sie in der kommenden Tarifrunde bereit sind, über die Arbeitszeit zu sprechen. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bringt nach übereinstimmender Meinung aller Sachverständiger den größten arbeitsmarktpolitischen Effekt.

Deshalb möchte ich die Tarifvertragsparteien auffordern, in der nächsten Tarifrunde vor allem über diese Frage zu sprechen. Dabei ist selbstverständlich der Kostenfaktor der Arbeitszeitverkürzung bei den Tarifverhandlungen zu beachten. Der neue Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Hans Mayr, hat dazu vor wenigen Tagen in einem Interview mit dem Spiegel gesagt: "Die Arbeitszeitverkürzung bekommt man nicht zum Nulltarif. Und das, was für Arbeitszeitverkürzung aufgewendet wird, steht für Lohnerhöhungen nicht mehr zur Verfügung. Wenn wir unseren Mitgliedern etwas anderes erzählen würden, dann würden wir sie belügen."

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit nach Berechnungen der IG Metall kostet die Unternehmer 6,25 Prozent. Unterstellen wir mal, daß das stimmt. Dann gehen für fünf Stunden Arbeitszeitverkürzung 6,25 Prozent weg. Diese 6,25 Prozent stehen für Lohnerhöhungen nicht mehr zur Verfügung."

Ich unterstütze die Forderung der IG Metall nach der Einführung der 35-Stunden-Woche, auch wenn ich weiß, daß diese Forderung nicht sofort, nicht in allen Branchen und vor allem auch nicht bei den kleineren und mittleren Betrieben ohne Probleme realisiert werden kann.



3. Über diese gesetzgeberischen und tarifpolitischen Maßnahmen hinaus sollten flexible Systeme der Arbeitszeitverkürzung wie zum Beispiel Teilzeitarbeit, Sabbatical Year, Erziehungsurlaub oder auch eine Vorruhestandsregelung zum Beispiel mit dem nach dem Döding-Plan vorgesehenen schrittweisen Ausscheiden aus dem Arbeitsleben, allerdings mit einer Berücksichtigung der Kosten, als Angebote entwickelt werden. Hier sollten die Tarifvertragsparteien Angebote erarbeiten, die nach einer entsprechenden Absicherung durch gesetzliche Rahmenregelungen von den Arbeitnehmern und ihren gewerkschaftlichen Interessenvertretern vereinbart werden können.

In einer mixed economy reichen bei der Dimension des Problems singuläre Lösungen einfach nicht aus. Die von mir vorgeschlagene "gemischte Strategie der Arbeitszeitverkürzung" soll arbeitsmarktpolitisch wirksam sein und solidargemeinschaftlich geregelt werden. Aber sie soll auch einen individuellen Gewinn der Zeitsouveränität schaffen.

(-/1.12.1983/ks/va)

+ + +

Der Beitrag von Ulrich Lang ist die gekürzte Fassung einer Rede, die von ihm am 1. Dezember 1983 vor 150 Unternehmern und Unternehmensleitern in Mannheim über Fragen der wirtschaftlichen Zukunftsentwicklung gehalten wurde.



D O K U M E N T A T I O N

Berlin braucht wieder politische Stabilität

Gemeinsame Erklärung des Berliner SPD-Spitzenkandidaten Harry Ristock und des Landes- und Fraktionsvorsitzenden der Berliner SPD, Peter Ulrich:

"Die Berliner Sozialdemokraten betonen erneut, daß mit Richard von Weizsäcker ein Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten gefunden worden ist, der den besonderen Anforderungen dieser Aufgabe in hohem Maße gerecht werden kann.

Anlässlich seines bevorstehenden Weggangs aus Berlin muß jedoch an folgendes erinnert werden:

Die Berliner CDU erhob mit dem Antritt Richard von Weizsäckers im Jahre 1981 den Anspruch, der Stadt die Ruhe und Stabilität zurückzugeben, die man verloren glaubte.

Außer einer gewissen Stabilisierung im atmosphärischen Bereich, die im wesentlichen an die Person des Regierenden Bürgermeisters gebunden war und schon mit Beginn der Diskussion um seinen möglichen Weggang zu bröckeln begann, ist - so müssen wir heute feststellen - in der realen Politik des CDU-Senats das Gegenteil von Stabilisierung eingetreten. Die Wähler erlebten und erleben eine ständige Rotation der Verantwortlichkeiten:

- Im Herbst 1982 verließ Bundessenator Blüm Berlin. Blüm hatte sein Amt ohnehin nur mit halber Kraft verwaltet, denn er nutzte es als Bonner Standbein, um sich den einflußreichen Vorsitz der CDU-Sozialausschüsse zu erhalten, und damit die Karriere zum Bundesminister zu sichern.
- Aus parteitaktischen Erwägungen über eine zukünftige Koalitionsbildung in Berlin wurden die Ämter der Bundes- und Justizsenatoren fortan in eine Hand gelegt - zum Schaden beider Politikbereiche.
- Im Frühjahr 1983 erfolgte die Koalitionsbildung zwischen CDU und FDP - eine schwierige Senatsumbildung, die viele Wunden schlug. Die erforderliche Energie für die Einarbeitungszeit in den neuen Ressorts ging den eigentlichen Aufgaben verloren - zum Schaden für die Stadt, deren Probleme ein energisches Regieren verlangt hätten.
- Im Sommer 1983 verließ der liberale Bausenator Rastemborski - aufgerieben vom schlechten Arbeitsklima im Senat - unter spektakulären Umständen sein Amt. Ein neuer Bausenator mußte gefunden werden und benötigte Energie für Einarbeitungszeit, die bei der Lösung der Probleme in diesem Ressort nutzbringender eingesetzt worden wäre.
- Schon kurze Zeit später begann die öffentliche Diskussion um die Nachfolge von Karl Carstens mit der Nennung des Namens Richard von Weizsäcker. Angesichts der Tatsache, daß Richard von Weizsäcker die Kandidatur - wie wir heute wissen - mit Energie angestrebt hat, war es ihm unmöglich, die Diskussion mit einer klaren Absage an eine Kandidatur zu beenden. Er galt fortan als Regierender Bürgermeister auf Abruf. In der Stadt verbreitete sich nachhaltige Verunsicherung. Von da an wurde nur noch verwaltet, aber kaum mehr regiert.
- Und heute stellen wir fest, daß der Mann, auf den sich die angeblich neubegründete "Kontinuität" einer CDU-Verantwortung für Berlin gestützt hat und stützen sollte, Berlin demnächst verlassen wird. Mit den Folgen einer Neuwahl des Senats, einer möglichen Umbildung der Senatsmannschaft und der Einarbeitung eines neuen Regierenden Bürgermeisters. Abermals ein enormer Kräfteverschleiß, während die Probleme der Stadt weiterhin nicht angepackt werden, sondern liegenbleiben.



- Dies alles nur 17 Monate vor der nächsten Wahl. Es ist also abzusehen, daß der Nachfolger Weizsäckers sich nur zum Teil den Regierungsgeschäften, zum wesentlichen Teil aber dem Wahlkampf widmen wird.

Zusammenfassend läßt sich sagen:

Die Berliner CDU und der von ihr gestellte Senat sind mit ihrem Anspruch, Stabilität und Kontinuität in Berlin zu gewährleisten, gescheitert. Karrieredenken hat die Politik für die Stadt belastet.

Die drängenden Probleme Berlins konnten durch atmosphärische Verbesserungen allein nicht gelöst werden, sondern treten jetzt klarer denn je zutage:

- Die fortschreitende wirtschaftliche Auszehrung Berlins mit der Folge eines dramatischen Verlustes an Arbeitsplätzen,
- die inhumanen Folgen einer verfehlten Sozialpolitik, bei der der Staat sich immer mehr aus der Verantwortung für die benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft stiehlt,
- der schleichende Verlust der für die Metropole Berlin so lebenswichtigen Liberalität und Toleranz.

Nach der durch Instabilität gekennzeichneten zweieinhalbjährigen Amtszeit des Weizsäcker-Senats steht den Berlinern ein Übergangs-Senat ins Haus, der die Rest-Legislaturperiode damit verbringen wird, Wahlkampf zu treiben. Schlechte Aussichten für eine Stadt, die Stabilität und zupackende Regierungstätigkeit benötigt wie keine andere.

In dieser Situation fordern die Berliner Sozialdemokraten den Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker, die Berliner CDU und ihre Abgeordnetenhausfraktion auf, zumindest das Mögliche zu tun, um den Schaden nicht noch weiter zu vergrößern:

- Die Berliner SPD fordert den Regierenden Bürgermeister auf, sein Amt umgehend zu Verfügung zu stellen. Die Unsicherheit über die Nachfolge muß beendet werden. Wenn Richard von Weizsäcker den Berlinern in seinem derzeitigen Amt noch einen Gefallen erweisen kann, dann diesen. Gleichzeitig würde dieser Schritt den überfälligen Respekt gegenüber der hohen Funktion eines Bundespräsidenten bezeugen, dessen Amt durch das Zögern und die allein durch Parteiinteressen der CDU bestimmte Taktik des Bundeskanzlers bereits in Mitleidenschaft gezogen worden ist.
- Die Berliner SPD fordert die Wahl eines neuen Regierenden Bürgermeisters und die Neuwahl des Senats noch vor den Haushaltsberatungen, die am 8. Dezember beginnen. Die Vorstellung, daß ein Regierender Bürgermeister, der die Stadt demnächst verlassen wird, die Verantwortung für den Haushalt des Jahres 1984 übernimmt, ist politisch unerträglich. Verantwortung für den Landeshaushalt 1984 muß derjenige übernehmen, der den Senat im Jahre 1984 auch tatsächlich führen wird.

Parteitaktische Gesichtspunkte der Berliner CDU oder das Versorgungsdenken Einzelner dürfen nicht zu Lasten Berlins gehen. Personalpolitische Querelen und Wahlkampfgesichtspunkte von CDU-Strategien dürfen jetzt nicht den Ablauf bestimmen.

Der Schaden für die Stadt ist ohnehin groß genug. Weiterer Schaden ist absehbar. Jetzt ist es notwendig, ihn auf ein Mindestmaß zu begrenzen." (-/1.12.1983/ks/va)

+ + +

